



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 03.03.2015

AN/0472/2016

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	15.03.2016

Ordnungs- und Verkehrsdienst: Fragen zu Namensschildern und Beschwerden

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen:

Im Konzept „Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst“ der Verwaltung wird im Zusammenhang mit der Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ordnungs- und Verkehrsdienst eine Evaluation für 2017 angekündigt. Im Konzept „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ heißt es, dass im zweiten Quartal 2017 eine Evaluierung und Auswertung der Zielerreichung der im Konzept genannten Aufgaben sowie des ggf. darüber hinausgehenden Bedarfs vorzunehmen ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes haben vielfältige Aufgaben und nehmen ihre Verantwortung sehr ernst. Zumal ihre Einsätze auch gefährlich sein können. Die Piratengruppe spricht hier noch mal ausdrücklich ihren Dank für die geleistete Arbeit aus – zumal in den Vorlagen der Verwaltung eindeutig herausgestellt wird, dass der Dienst seit Jahren unterbesetzt ist. Vielen Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger sowie Problemen, z. B. Ruhestörungen, ist kaum mehr abzuhelpfen, da die Personaldecke seit Jahren zu dünn ist.

Im Landtag NRW wurde in den letzten Wochen im Zusammenhang mit Silvester viel über das Polizei- und Ordnungswesen geredet. Das Land kündigte auch hier Personalaufstockungen an. Gleichzeitig gibt es die Überlegung eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, wie sie in einigen anderen Bundesländern bereits üblich ist, einzuführen. Der Landtag beschäftigte sich zudem am Dienstag, den 16.02.2016 mit dem Thema der Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle bei der Polizei. In Rheinland-Pfalz gibt es z. B. einen Poli-

zeibeauftragten. Die eingeladenen Experten waren für die Schaffung dieser Stelle auch in NRW, weil sie das Vertrauen der Bürger in die Arbeit der Polizei stärken könne. Die Polizeigewerkschaften sprachen sich hingegen gegen die Schaffung einer Ombudsstelle, an die sich auch Polizeibeamte wenden sollen, aus.

In Berlin wurde am Montag, den 15.2. ein Antrag im Berliner Abgeordnetenhaus abgelehnt, der die Kennzeichnung von Wachleuten in Flüchtlingsunterkünften forderte. Einen Tag später gab es in Berlin erneut Probleme mit Wachschützern. Die Bundesregierung plant jetzt Maßnahmen gegen die Einstellung von Rechtsextremisten als Wachleute. Auch in Köln gab es Verdachtsfälle: Letztes Jahr wurde durch einen Bericht des Innenministeriums bekannt, dass es zu fünf Strafverfahren gegen Sicherheitsleute gekommen war. Auch die jüngsten Vorfälle in einer Unterkunft in Köln haben gezeigt, dass es schwierig ist, Beschwerden zu äußern, Vertrauen zu fassen und Aussagen oder Anzeigen gegenüber Polizei, Heimleitern, Stadt usw. zu tätigen. Die Stadt wird hier handeln und eine Ombudsstelle für Flüchtlinge schaffen.

Auf der Homepage der Stadt wurde eine Frage nach Namensschildern für Ordnungsamts-Mitarbeiter eingestellt.¹ Die Frage wurde beantwortet und eine Prüfung des Anliegens angekündigt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Was spricht aus Sicht der Verwaltung für oder gegen Namensschilder oder alternativ eine Kennzeichnung mit Nummern bzw. einer anderen anonymen Kennzeichnung?
2. Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit Beschwerden, in welcher Form äußern sich Bürgerinnen und Bürger über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienste, und werden diese Beschwerden und deren Abhelfung dokumentiert und ausgewertet?
3. Um was für Beschwerden handelt es sich dabei? (Bitte nennen Sie die 5 häufigsten Begründungen, wenn möglich mit Anzahl der Nennungen.)
4. Was spricht aus Sicht der Verwaltung für oder gegen die Etablierung eines Bürgerbeauftragten, an den sich anonym mit Beschwerden gewendet werden kann?
5. Wie bewertet die Stadtverwaltung das Anliegen einer Kennzeichnung von Wachleuten in Flüchtlingsunterkünften, auch im Zusammenhang mit den jüngsten Vorfällen in Köln?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach

¹ <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/oberbuergerremeisterin/namensschilder-fuer-mitarbeiterinnen-und-mitarbeiter>